



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

F/IV/142

15. Oktober 1949

16 Milliarden DM Schulden von Bund und Ländern

Von Erich Klabunde, Mitglied des Bundestages

Die Summe der Schulden von Bund und Ländern ist heute schon höher als Anfang 1933 bei der Beseitigung des Weimarer Regimes; damals waren es 14 Milliarden DM - der Rest aus der Zeit vor der Inflation mit seinem aufgewerteten Betrag und die inzwischen neu aufgenommenen Anleihen und Kredite zusammengefasst. Heute sind Bund und Länder bereits wieder mit 16 Milliarden DM öffentlichen Schulden belastet.

Hier von sind allerdings nur 0,6 Milliarden Schuldverschreibungen. Dagegen stammt der übergrosse Rest von 15,7 Milliarden Mark aus der

Währungsreform. Im einzelnen ergibt sich hierbei folgendes Bild (runde Milliardenbeträge):

Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	DM 7,8 Milliarden
Ausgleichsforderungen der Banken und Sparkassen zur Deckung des Überschusses der Passiven über die ihnen verbliebenen Aktiven	" 4,7 "
Ausgleichsforderungen der Banken zur Wiederaufbringung des Eigenkapitals von mindestens 7 1/2 % der Passivsumme	" 1,0 "
Ausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmen	" 2,2 "
Insgesamt ca.	DM 15,7 Milliarden

Der erste Posten "Ausgleichsforderungen" mit 7,8 verteilt sich auf die Bank deutscher Länder und die einzelnen Landeszentralbanken. Er

stellt die Forderung gegen das Vereinigte Wirtschaftsgebiet dar, an dessen Stelle der Bund getreten ist, und an die elf Länder insbeson-

dere aus den sogenannten Erstaussstattungen. Diese waren die bekannte Kopfquote von 40 + 20 = 60 DM für jeden Bewohner des Währungsgebietes,

weiter die Erstaussstattungen wirtschaftlicher Unternehmen, der öffentlichen Kassen und der öffentlichen Unternehmen, ausserdem die

erheblichen einmaligen Leistungen in DM an die drei Besatzungsmächte. Die Leistungen hatten die Bank deutscher Länder und die einzelnen

Zentralbanken nach dem dritten Währungsgesetz zu vollbringen. Es wurde damals wenig beachtet, dass die zentralen Banken mit den von

ihnen geleisteten Beträgen nur in Vorlage traten und dass damit zugleich eine erhebliche öffentliche Verschuldung entstehen musste.

Bei den 4,7 Milliarden Ausgleichsforderungen der Banken, Sparkassen, Hypothekenbanken, Kreditgenossenschaften handelt es sich

um den Betrag, um den ihre nach der Währungsreform neu berechneten Verbindlichkeiten grösser blieben als ihre Aktiven. Ohne diese Summe

wäre der Bankenapparat nicht in Fluss zu bringen gewesen, nachdem die Banken ihre grossen Milliardenforderungen gegen das Reich durch die

Währungsreform verloren. Bekanntlich ist irgendeine Bewertung der bei den Banken und anderwo vorhandenen Anleihen und Schatzanweisungen

des Reichs nicht vorgenommen worden. Zugleich wurde aber damals in bescheidenem Umfange auch das Eigenkapital der Banken wiederher-

gestellt, das in der Währungsreform untergehen musste. Man bewilligte den Banken dabei einen Betrag, der sich auf fünf Prozent der Summe

ihrer Passiven belief. Dieser Betrag ist in den letzten Tagen durch die 36. Durchführungsverordnung zum zweiten Währungsgesetz um die

Halfte erhöht worden und beläuft sich dadurch auf 7 1/2 Prozent. Damit ist den Banken, Sparkassen usw. ein Eigenkapital von einer Milliar-

de insgesamt geschaffen worden. Für Kleinst- und Grossbanken besteht eine Sonderregelung, die sie im Vergleich zu den Grossbanken um eini-

ges besser stellt, ohne dass diese Beträge in der Gesamtsumme mit einem grösseren Anteil erscheinen. Die Erhöhung des Bankeigenkapitals

blieb bislang ausserhalb der Bankwelt unbeachtet, obwohl sie die erste einschneidende Korrektur der Währungsgesetzgebung darstellt.

Grundsätzlich die gleiche Regelung wie die Banken erfuhren die Versicherungsunternehmen, Lebensversicherungen, Sachversicherungen,

Kranken- und Pensionsversicherungen, die nur durch das Arrangement der Währungsgesetzgebung in die Lage kamen, ihre Verpflichtungen in

reduzierter Höhe, aufrecht zu erhalten. Hier sind die versicherungsmathematischen Grundlagen noch nicht überall so weit durchgerechnet,

dass die Summe schon endgültig feststehen könnte.

Die so entstandenen Schulden des Bundes und der Länder haben gegenüber der früher bestandenen öffentlichen Verschuldung den Vor-

teil, dass sie vorläufig nicht getilgt zu werden brauchen. Sie belasten also die öffentlichen Haushalte vorläufig nur durch den

Zinsendienst. Im Durchschnitt stellt sich der Zinsfuss der Ausgleichsforderungen auf 3 1/2 Prozent. Das sind jährlich über 500 Millionen DM. Diese Beträge müssen aus dem Steueraufkommen abgezweigt und den Inhabern der Ausgleichsforderungen als Verzinsung zur Verfügung gestellt werden. Mit anderen Worten: die Zinslast unserer öffentlichen Schulden stellt heute bereits einen der grossen Ausgabeposten in den Haushalten dar, der während der nächsten Monate sogar noch um einiges wachsen wird, da die endgültige Feststellung der Summe der Ausgleichsforderungen noch schwebt.

Die endgültige Höhe der Ausgleichforderungen wird durch die Banken- und Versicherungsaufsicht festgestellt. Prüfungen der Rechnungshöfe stehen bevor. Sie werden voraussichtlich zu gewissen Verringerungen der Beträge nur insoweit führen, als es sich um aus der Ostzone bzw. Ostberlin verlagerte Unternehmen handelt, die ihre Aktiven und Passiven noch nicht endgültig haben feststellen können und bei ihren Schätzungen möglicherweise an manchen Stellen zu hoch gegriffen haben. Im Übrigen rechnet man nicht damit, dass die Revisionen zu erheblichen Verringerungen führen können.

Es erscheint also völlig verfehlt, von einem schuldenfreien Zustand unserer öffentlichen Finanzen zu sprechen, zumal die vergleichsweise geringere Verschuldung von 1932 damals durchweg als sehr erheblich angesehen wurde und die grössere Summe von heute schon deswegen nicht unbeachtet bleiben darf.

* * *

Nachrichten aus der Sowjetzone.

Parteizwang im Justizdienst

sp. Nach einer Anordnung der ostzonalen Justizverwaltung müssen alle Angehörigen der Justiz bis zum 1. November 1949 einer Partei, zumindest aber einer Massenorganisation beitreten und sich dort aktiv betätigen. Wer der Anordnung nicht nachkommt, muss mit fristloser Entlassung aus dem Justizdienst rechnen.

*

Staatsanwalt wurde verhaftet

sp. In Erfurt wurde Staatsanwalt S c h u l z von der Staatsanwaltschaft Erfurt in seiner Wohnung durch Angehörige des K 5 verhaftet. Schulz gehörte der LDF an und wollte Korruptionen von SEF-Funktionären in Erfurt aufdecken.

*

Nachrichten aus der Sowjetzone. (Fortsetzung)Der Kampf der Widerstandsgruppen

sp. Die Zahl der Widerstandsgruppen in der sowjetischen Besatzungszone hat sich von Jahr zu Jahr vergrössert. Terror- und Spitzelssystem haben nicht vermocht, illegale Gruppenbildungen Andersdenkender zu unterdrücken.

Allein im NKWD-Gefängnis P o t s d a m in der Lindenstrasse befinden sich mehrere hundert Angehörige verschiedener Widerstandsgruppen aus der gesamten sowjetischen Zone. Die meisten von ihnen wurden zu 15 bis 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Erst jetzt dringen Einzelheiten über diese Widerstandsgruppen an die Öffentlichkeit. So wurden durch das sowjetische Militärtribunal in Potsdam etwa 60 Angehörige einer Widerstandsgruppe aus dem Gebiet des Stadt- und Landkreises Döbeln/Sachsen durchweg zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Ebenso 15 parteilose Studenten aus der Gegend Greifswald, Usedom. Eine Gruppe "Tapps" aus Lübben-Lübbenau, zu ihr gehörten ausschliesslich parteilose junge Menschen, wurde durch die NKWD verhaftet und nach monatelangen Verhören wegen "illegaler Tätigkeit gegen die sowjetische Besatzungsmacht" gleichfalls zu 25 Jahren Zwangsarbeit abgeurteilt.

Unter den Verhafteten befinden sich der Staatsanwalt Heinrich und Dr. Ranschhoff aus Cottbus. Die Cottbuser Verhafteten, unter ihnen mehrere Sozialdemokraten, wurden bisher nicht abgeurteilt. Auch nicht die Gruppe "Freitag" aus Magdeburg, deren Angehörige sämtlich durch die NKWD in das NKWD-Gefängnis Potsdam verschleppt worden sind. Professor B ö h m e , der Leiter der Dresdener Strassenbahn, ist mit seiner Familie nach dem Westen geflüchtet.

*

NDF wirbt unter Ostzonen-KZ-Häftlingen

sp. Die "Nationaldemokratische Partei" in der Ostzone wirbt in letzter Zeit auffallend stark unter ehemaligen Nationalsozialisten, soweit sie aus sowjetischen Konzentrationslagern, in die sie 1945 verschleppt wurden, entlassen worden sind. Diese Menschen, die für die kommunistische SEP verloren gegangen sind, sollen nunmehr über die nationalistischen Phrasen der NDF ins kommunistische Schlepptau genommen werden.

* * *

Vollständige Totenliste
eines russischen Kriegsgefangenenlagers herausgeschmuggelt

sp. Die sowjetrussischen Behörden wachen, wie die Erfahrung tausendfach gelehrt hat, eifersüchtig darüber, dass über die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen, die während der Gefangenschaft in sowjetrussischen Lagern gestorben sind, nichts an die Aussenwelt dringt. Von den Russen selbst wurden keinerlei Totenlisten angelegt und den deutschen Kriegsgefangenen war und ist es bei schärfster Strafe verboten, die Namen ihrer verstorbenen Kameraden zu notieren. Jeder Heimkehrer wird vor seiner Entlassung von den Russen genauestens durchsucht, ob er nicht irgendwelche Lapiere mit sich führt, auf denen Angaben über verstorbene Kameraden vermerkt sind, und schon mancher wurde, statt in die Heimat zurückkehren zu können, nach einem sibirischen Zwangsarbeitslager verschickt, weil er trotz des strikten Verbots Notizen über verstorbene Kameraden bei sich hatte. Wagemut und Verantwortungsbewusstsein gegenüber den toten Kameraden haben es jetzt aber doch ermöglicht, die gewissenhaft geführte Liste aller in einem sowjetrussischen Kriegsgefangenenlager verstorbenen deutschen Kriegsgefangenen nach Westdeutschland zu schmuggeln. Sie enthält 850 Namen. Das ist genau ein Drittel aller Kriegsgefangenen, die in diesem Lager untergebracht wurden. Die Liste wurde am ersten Tag der Lagereröffnung angelegt und bis zu seiner Auflösung fortgeführt. Selbstverständlich muss der Name des betreffenden Lagers verschwiegen werden, da sonst Gefahr besteht, dass Kriegsgefangene, die in ihm festgehalten worden waren, und jetzt noch in einem anderen sowjetischen Kriegsgefangenenlager schmachten, von den Russen verfolgt werden. Die Liste wurde der Kriegsgefangenenhilfe der SID zugeleitet, von der die Hinterbliebenen der in dem Lager Verstorbenen benachrichtigt werden.

* * *